

Niederschrift

über die 3. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Schortens

Sitzungstag: Donnerstag, 02.02.2017

Sitzungsort: Bürgerhaus Schortens, Weserstraße 1,
26419 Schortens

Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 21:32 Uhr

Anwesend sind:

Bürgermeister:
Gerhard Böhling

Ratsvorsitzender:
Manfred Buß

Ratsmitglieder:
Anne Bödecker, Udo Borkenstein, Andreas Bruns, Peter Eggerichs, Thomas Eggers,
Martina Esser, Michael Fischer, Horst Herckelrath, Ralf Hillen, Carsten Hoffmann,
Axel Homfeldt, Janto Just, Kirsten Kaderhandt, Detlef Kasig, Thomas Labeschautzki,
Marc Lütjens, Tobias Masemann, Hans Müller, Joachim Müller, Pascal Reents,
Susanne Riemer, Elfriede Schwitters, Maximilian Striegl, Melanie Sudholz,
Ralf Thiesing

Von der Verwaltung nehmen teil:
StD Anja Müller, StOAR Elke Idel, BOAR Theodor Kramer,
Controllerin Uta Bohlen-Janßen, VA Ingrid Duden

Es fehlen entschuldigt:
Ratsmitglieder Heide Bastrop, Jörg Even, Horst-Dieter Freygang, Wolfgang Ottens,
Martin von Heynitz, Andrea Wilbers

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
RV Buß begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
RV Buß stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Bevor RV Buß in die Tagesordnung einsteigt bittet er die Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben und der am 19.12.2016 verstorbenen ehemaligen Ratsfrau Annegret Eggerichs zu gedenken. Sie war von 2000-2001 Ratsmitglied und hat im Schul-, Jugend- und Sozialausschuss mitgewirkt.

Es folgt eine Gedenkminute.

3. Feststellung der Tagesordnung - öffentlicher Teil

RM Just beantragt, den Tagesordnungspunkt 7.1 ganz oder teilweise in den nichtöffentlichen Teil zu verlegen.

BM Böhling schlägt vor, diesen Punkt ganz zum Ende der Sitzung zu behandeln und die Tagesordnung entsprechend zu ergänzen.

RM Homfeldt widerspricht den Ausführung von RM Just dahingehend, dass mittlerweile alle Zeitungen darüber berichtet haben. Aus diesem Grund kann das Gespräch darüber und die Information öffentlich stattfinden.

RM Just merkt an, dass ihm dieses nicht bekannt war und zieht daraufhin seinen Antrag zurück.

Anschließend stellt RV Buß die vorliegende Tagesordnung fest.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 08.12.2016 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

5. Bericht des Bürgermeisters

5.1. Sachstand Bürgerhaus-Gastronomie

Für den zum 30. Juni diesen Jahres auslaufenden Pachtvertrag für die Gastronomie im Bürgerhaus haben sich drei mögliche Nachfolger beworben. Diese drei Bewerber werden ihr Konzept in einer nichtöffentlichen gemeinsamen Sitzung des Kultur- und Verwaltungsausschusses im Februar vorstellen.

Der Verwaltungsausschuss wird voraussichtlich noch in der gleichen Sitzung eine abschließende Entscheidung über den Neuabschluss eines Pachtvertrages für die Bürgerhaus-Gastronomie ab dem 01. Juli 2017 treffen.

5.2. Terminplanaufstellung Haushalt/Energieausschreibung

Nach entsprechender Beratung im Finanz- und Wirtschaftsausschuss hat der Verwaltungsausschuss zwischenzeitlich die erneute Beteiligung der Stadt Schortens an der europaweiten Energieausschreibung über die kommunale Wirtschafts- und Leistungsgesellschaft, hierbei handelt es sich um ein Tochterunternehmen des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, beschlossen.

Es geht dabei um die Vergabe der Energielieferverträge für die Stadt Schortens, für die Haushaltsjahre 2018 und 2019.

Gleichzeitig hat der Verwaltungsausschuss der künftigen Terminplanung für die Aufstellung des Haushaltsplanes ab dem Haushaltsjahr 2018 zugestimmt. Aufgrund der Tatsache, dass wichtige Zahlen, wie Ergebnisse des kommunalen Finanzausgleichs erfahrungsgemäß erst immer Ende November eines Jahres vorliegen, soll ab dem Haushaltsjahr 2018 der Haushalt regelmäßig im Februar des Jahres beschlossen werden, um so auf gesichertes Zahlenmaterial zurückgreifen zu können.

5.3. Radweg Sillenstede/Sengwarden

Für das Teilstück des Radweges von Sillenstede nach Sengwarden, und zwar bis zur Einmündung in das Gewerbegebiet, hat die Verwaltung zwischenzeitlich einen Antrag auf sofortige Vollziehung der Planfeststellung im August des letzten Jahres gestellt. Eine abschließende Entscheidung hierzu steht jedoch noch aus.

Hintergrund dafür ist, dass es auf der „Wilhelmshavener Seite“ Einwendungen von privaten Grundstücksanliegern zu dem erfolgten Planfeststellungsbeschluss gibt.

Die Stadt Schortens bleibt hier am Ball, um gleichzeitig mit der Fertigstellung des neuen Feuerwehrhauses im Gewerbegebiet Sillenstede auch zu mindestens bis zu diesem Bereich den Radweg erstellen zu können.

5.4. Sachstand Bebauungspläne

Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 13 Bebauungspläne als Satzung beschlossen; und zwar unter anderem der Bebauungsplan 124 „JadeWeserPark und 9 Änderungen für Flächen von bisherigen Spielplätzen, um diese einer Wohnbebauung zuführen zu können.

Im Hinblick auf die Spielplätze soll in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport am 09. Februar die erste Beratung über ein umfangreiches erstes Spielplatzkonzept erfolgen. Hierzu wurden vor wenigen Tagen die Stadtelternräte für die Schulen und Kindertagesstätten beteiligt. Ziel ist es, die noch vorhandenen 25 Spielplätze erheblich attraktiver zu gestalten und auch neue Wege zu gehen. Die Elternschaft war demgegenüber sehr aufgeschlossen.

Bezüglich des Bebauungsplanes Kramermarktwiese erfolgt als nächster Planschritt die öffentliche Auslegung, derzeit wird noch die Oberflächenentwässerung berechnet. Nach wie vor können wir davon ausgehen, dass im Sommer des Jahres der Bebauungsplan als Satzung beschlossen und dann auch die Erschließung des Geländes durch die neuen Eigentümer, der NLG, erfolgen kann.

Darüber hinaus werden im Wege der Nachverdichtung auch alte Bebauungspläne überarbeitet. Es handelt sich hierbei um die Bebauungspläne Lübbenweg, Danziger Straße und Feldhausen Süd.

Für den Bebauungsplan Olympiastraße-West sind nach dem erfolgten Aufstellungsbeschluss die städtebaulichen Verträge an Projektentwickler in diesem Gebiet versandt worden. In den nächsten Wochen erfolgt hier die Abstimmung der Planungsgrundlagen unter Beteiligung des Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt. Ich bin zuversichtlich, dass wir dann auch für Roffhausen wieder ein Wohngebiet, wenn auch in einem Mischgebiet, anbieten können.

5.5. Rathaus/Innerer Service

Seit dem vergangenen Dienstag hat das Rathaus jeweils dienstagsvormittags geschlossen.

Der Verwaltungsausschuss hat mit dieser Entscheidung einem Verwaltungsvorschlag einhellig zugestimmt. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rathaus soll damit das Abarbeiten von Aufgaben, die sich während der ansonsten großzügigen Öffnungszeiten des Rathauses ergeben haben, erleichtert werden.

Der Vorschlag beruht auch auf Ergebnissen aus dem betrieblichen Gesundheitsmanagements, welches wir seit einigen Monaten intensiv betreiben. Die Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt hat sich in den vergangenen Jahren erheblich erhöht. Vielerlei Konzepte wurden erarbeitet. So zum Beispiel das umfangreiche und vorbildliche Kinderbetreuungskonzept, ein sehr attraktiver Seniorenpass und aktuell die Erstellung des von mir gerade schon angesprochenen Spielplatzkonzeptes. Darüber hinaus werden neben dem Alltagsgeschäft insbesondere von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachbereiches Innerer Service tagtäglich Sonderaufgaben erledigt. So zum Beispiel das durch Tarifvertrag festgesetzte Eingliederungsmanagement für Langzeit erkrankte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Umsetzung des neuen Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst. Außerdem haben wir seit ca. einem Jahr ein neues Modell der Informationstechnik in Zusammenarbeit mit der KDO, welches von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Inneren Service intensiv begleitet worden ist.

Ich möchte deswegen heute insbesondere diesen Kolleginnen und Kollegen herzlich Dankeschön, für die oft im Stillen geleistete Arbeit, sagen.

6. Einwohnerfragestunde

Herr Brandes fragt nach, ob er seine 4 Fragen zu Tagesordnungspunkt 7.1 an dieser Stelle schon stellen soll oder erst später.

RV Buß bittet ihn, seine Fragen dann direkt beim Tagesordnungspunkt 7.1 zu stellen.

Weitere Fragen werden nicht gestellt.

7. Vorlage des Verwaltungsausschusses vom 10.01.2017

7.1. Veränderung der Geschäftsanteile an der TCN-Marketing-GmbH -
Übernahme von weiteren Anteilen von der Stadt Schortens
SV-Nr. 16//0108

RM Just bittet um mündlichen Nachtrag, mit was für einem Forderungsverzicht nach gegenwärtiger Planung bei der Übernahme der Geschäftsanteile zu rechnen ist.

StOAR Idel teilt mit, dass die TCN Marketing GmbH derzeit 10 Gesellschafter hat. Drei von diesen Gesellschaftern, die ENKO Hardware- und Software-Entwicklung GmbH und die Wafa Kunststofftechnik Verwaltungsgesellschaft mbH möchten ihre Anteile abgeben. Da sind 20%. Aber auch die Stadt Wilhelmshaven hat jetzt ihre Bereitschaft erklärt, ihre 10% Anteile abzugeben, zum Nennwert von 1,00 €, bei gleichzeitigem Verzicht auf offene Forderungen gegenüber der Stadt Wilhelmshaven. Seit 2010 hat die Stadt Wilhelmshaven ihre Umlage, die an den Zweckverband zu zahlen ist, nicht mehr in vollem Umfang bzw. gar nicht mehr gezahlt. Ende Dezember 2016 hat die Stadt Wilhelmshaven schriftlich darüber informiert, dass sie bereit ist, ihre Anteile wieder frei zu geben, unter Vorbehalt der Zustimmung der kommunalen Aufsicht, aber auch unter Verzicht auf weitere Forderungen. StOAR Idel informiert darüber, dass die Höhe der Forderungen letztendlich von der GmbH beziffert werden müssen. Grob geschätzt liegen diese bei 100.000 Euro.

Aus Sicht der Verwaltung wird darum vorgeschlagen, diesen Vorschlag anzunehmen, um hier langwierigen juristischen Auseinandersetzungen aus dem Weg zu gehen.

RM Just befürwortet die Splittung dieses Tagesordnungspunktes. Grundsätzlich befürwortet er die Übernahme der Geschäftsanteile, andererseits ist er gegen den Forderungsverzicht.

BM Böhling weist darauf hin, dass der Kreistag im Dezember 2016 bereits einen entsprechenden Beschluss gefasst, so, wie er heute von der Verwaltung zum Beschluss vorgelegt wurde. Der Forderungsverzicht ist Voraussetzung dafür, dass der Landkreis Friesland und die Stadt Schortens die Anteile der Stadt Wilhelmshaven übernehmen können. Nach Übernahme der Anteile würden dann der Landkreis und die Stadt Wilhelmshaven zusammen 50% der Anteile vereinen.

Außerdem sind die 100.000 Euro nicht ein Betrag an den Geschäftsanteilen, sondern es handelt sich um aufgelaufene Beträge der laufenden jährlichen Geschäfte, ohne die die Gesellschaft trotzdem ausgeglichene Abschlüsse vorweisen kann.

Herr Brandes stellt an dieser Stelle seine vier angekündigten Fragen.

- 1.) Welche Leistungen hat die TCN Marketing GmbH für die Stadt Schortens in den letzten zwei bis drei Jahren konkret erbracht?

- 2.) Wie wollen sie durch Erhöhung der Gesellschafteranteile eine Intensivierung der Wirtschaftsförderung erreichen?
- 3.) Warum wollen sie nicht, dass die TCN Marketing GmbH entsprechend dem Erfolgsmodell des Wirtschaftsförderkreises Harlingerland organisiert wird?
- 4.) Ist ihnen bekannt, dass auch der Industrieclub weitere Anteile übernehmen möchte?

BM Böhling beantwortet die Fragen wie folgt:

Bei der Leistung geht es ja nicht nur um die Stadt Schortens sondern um die gesamte Region. Viele Unternehmungsansiedlungen wurden in den letzten Jahren positiv begleitet. Unter anderem die Ansiedlung der Bundeswehr auf dem TCN-Gelände oder der Firma HPKJ.

Mit diesen 50% Anteilen können der Landkreis und die Stadt Schortens mehr in die Wirtschaftsförderung einsteigen. Konkrete Gespräche darüber sind noch erforderlich, die dann auch in den entsprechenden Gremien vorgestellt und beschlossen werden. Wobei vorgesehen ist, dass der Landkreis federführend in die Wirtschaftsförderung einsteigen wird.

Auch ist bekannt, dass der Industrieclub Roffhausen weitere Anteile erwerben möchte. Ein entsprechendes Anschreiben des Präsidenten des Industrieclubs wurde an alle Ratsmitglieder versendet und im Verwaltungsausschuss behandelt.

RM Homfeldt merkt an, dass der Beschlussvorschlag „die Stadt Schortens übernimmt weitere 15% der Geschäftsanteile an der TCN Marketing GmbH“ irritierend ist. Das erweckt den Eindruck, als würden Kreistag und Stadtrat darüber entscheiden, dass es so ist. Das ist nicht richtig. Es wird darüber entschieden, wie der Vertreter in der Gesellschafterversammlung abstimmen soll, d. h. nicht, dass der Stadtrat entscheidet, wie viele Prozent Anteil übernommen wird.

Aus diesem Grund stellt er den Änderungsantrag, dass beschlossen werden soll, dass die Stadt Schortens 15 % übernimmt, um auch der Wirtschaft den Raum zu geben, sich in das Thema Wirtschaftsförderung einzubringen.

Außerdem teilt er mit, dass die CDU den Beschlussvorschlag vom Grundsatz her ablehnt, da von der Gesellschaft keine Inhalte festgelegt wurden und ebenso keine Ziele.

RM Borkenstein ergänzt hierzu, dass über die mögliche Übernahme von Anteilen durch den Industrieclub Roffhausen noch einmal am 27.09.2016 in der Verwaltungsausschusssitzung beraten wurde, aufgrund der Vorlage des Anschreibens des Präsidenten des Industrieclubs Roffhausen. Das war die Sitzung, an der Herr Ansmann auch zeitweise teilgenommen hat.

Er erklärt, dass die SPD-FDP-Gruppe die Übernahme der 15% unterstützen wird. Sie sehen die Wirtschaftsförderung, die der Landkreis Friesland in Friesland betreibt, als positiv an. RM Borkenstein weist darauf hin, dass nicht die Stadt Schortens den Forderungsverzicht zu stellen hat. Hier müsste gegebenenfalls die TCN Marketing GmbH rechtliche Schritte einleiten, da sie rechtsfähig ist.

RM Bödecker informiert darüber, dass im Kreistag und Kreisausschuss drei unterschiedliche Modelle zur Wahl standen. Die Mehrheitsgruppe im Kreistag hat sich für das, das jetzt im Rat der Stadt Schortens vorliegende Model, entschieden, weil sich sowohl Kreistag als auch die Stadtratsfraktionen der SPD von diesem Model den größten Nutzen versprechen und auch denken, dass man damit am besten arbeiten kann. Sie fordert RM Homfeldt auf, sich beim Landkreis im WTF mit seinen Ideen einzubringen.

RM Homfeldt will dieses gerne tun, sieht aber den Rat in der Pflicht darüber zu sprechen, wo die Lücken für die Stadt Schortens in der Wirtschaftsförderung liegen. Er möchte geklärt wissen, wo unser Markt ist und welche Unternehmen angesiedelt werden sollen.

BM Böhling weist darauf hin, dass für ihn konkrete Wirtschaftsförderung nicht heißt, Konzepte zu erstellen, sondern Unternehmen anzusiedeln. Und das geht nur in Zusammenarbeit mit dem Land Niedersachsen und Berlin. Die Gewerbeansiedlung in Schortens läuft überaus positiv.

Herr Brandes stellt die Frage, ob die Verwaltung und die Politik überhaupt noch die TCN Marketing GmbH benötigt und macht den Vorschlag, die Anteile wieder an die Wirtschaft zurückgehen zu lassen, damit diese dann damit arbeitet.

BM Böhling stellt fest, dass die TCN Marketing GmbH noch benötigt wird, ansonsten hätte man einen anderen Beschlussvorschlag formuliert.

RM Thiesing stellt fest, dass mit dem Beschluss dem Industrieclub Roffhausen verwehrt wird, Anteile an der TCN Marketing GmbH zu erwerben und ihm damit die Mitarbeit nicht gegeben wird. Aus diesem Grund lehnt die CDU den Beschluss ab.

RV Buß lässt über den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Stadt Schortens übernimmt weitere der 15% Geschäftsanteile der TCN Marketing GmbH.

Der Beschlussvorschlag wird mit 18 Ja- und 9 Nein-Stimmen beschlossen.

8. Vorlage des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport vom 11.01.2017

8.1. Erweiterung des Schul- und KiTa- Standortes Glarum
Beschlussfassung der Entwürfe und der Bauumsetzung,
SV-Nr. 16//0072

BOAR Kramer trägt den Beschlussvorschlag vor.

RM Riemer, Vorsitzende des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses, erläutert, dass man mit der Erweiterung des Schul- und KiTa- Standortes Glarum ein großes Projekt eingegangen ist, das eine Menge Geld kosten wird. Gut angelegtes Geld. Im Schul-, Jugend- und Sportausschuss vom 11.01.2017 ging es um die Beschlussfassung hinsichtlich der Entwürfe und der Bauumsetzung. Die Pläne zum Neubau der Krippe, der Erweiterung der Schule und der Erweiterung und dem Umbau der Kindertagesstätte fanden einheitliche Zustimmung im Ausschuss. Nur bei der Turnhalle gab es einen Änderungsbedarf.

Die SPD-FDP-Gruppe wollte eine überarbeitete Plan- und Kostenschätzung für zwei zusätzliche Geräteräume. Die CDU wollte diese noch um zwei zusätzliche Umkleiden und einen Sozialraum erweitert wissen. Das wurde dann im Verwaltungsausschuss vom 24.01.2017 vorgelegt.

Die Mehrkosten bei der Variante der SPD-FDP-Gruppe belaufen sich auf 90.000 Euro und bei der Variante der CDU auf 250.000 Euro.

RM Eggerichs stellt für die SPD-FDP-Gruppe folgenden Antrag:

Der Rat möge der Variante der SPD-FDP-Gruppe, zwei zusätzliche Geräteräume, die Zustimmung erteilen, da für den Sozialraum eine andere Lösung, wie z. B. die Hausmeister-Wohnung, gefunden werden kann.

RM Sudholz stellt den Antrag, dass zu den beiden Geräteräumen noch zwei zusätzliche Umkleiden und ein Sozialraum geschaffen werden sollen. Sie begründet diese Erweiterung damit, dass der TuS Glarum der drittgrößte Verein in der Stadt Schortens mit 800 Mitgliedern ist und seine Leistungen für die Gemeinschaft großartig. Der TuS Glarum benötigt zusätzliche Geräteräume, um vorhandene und anzuschaffende Sportgeräte besser lagern zu können. Die Anschaffung neuer, größerer und zukunftsausgerichteter Sportgeräte ist notwendig, um dem Verein eine Zukunft zu bieten, da sich die Interessen der Mitglieder in den nächsten Jahren stark verändern werden. Das ist auch der Grund, warum noch zwei zusätzliche Umkleideräume benötigt werden. Nicht zuletzt deshalb, weil die Halle in zwei Teile trennbar ist. Ebenso ist ein Sozialraum an der Turnhalle erforderlich. Hier wird nicht nur Kaffee gekocht, sondern dort finden neben Lehrgängen, Besprechungen auch Veranstaltungen statt, für die die Turnhalle nicht benötigt wird, z. B. für Gedankenaufgaben und Gedächtnissport. Und diese Aspekte mögen doch bitte bei der heutigen Entscheidung Berücksichtigung finden.

BM Böhling erläutert, dass im Bildungsstandort Glarum insgesamt 3,5 Mio. Euro investiert werden, wenn es im Rat so beschlossen wird. Da der Terminplan knapp bemessen ist, ist es wünschenswert, dass abschließende Beschlüsse erfolgen. Er bittet darum, die Diskussion nicht auf die Turnhalle zu reduzieren.

Herr Krips, 2. Vorsitzender des TuS Glarum, bestätigt die Ausführungen von RM Sudholz. Er führt weiter aus, dass der Sozialraum/Gruppenraum auch notwendig ist, um Eltern bei Veranstaltungen zu betreuen. Aber er bittet zu berücksichtigen, dass bei bestimmten Sportarten, die jetzt im vorhandenen Gruppenraum, stattfinden, Sportgeräte benötigt werden, die nicht über den Schulhof zum neuen Sozialraum in der alten Hausmeister-Wohnung getragen werden können. Er appelliert an den Rat, auch in die Zukunft zu investieren, ebenso wie in den Bildungs- und Bewegungsstandort Glarum und noch einmal verstärkt das Augenmerk darauf zu legen, damit auch in den nächsten 40 Jahren vernünftig Sport angeboten werden kann, der auch die Veränderung der Gesellschaft reflektiert.

BOAR Kramer führt ergänzend aus, dass die neue Halle in der Mitte eine Trennung erhalten soll und so zweifach genutzt werden kann. Dafür sind auch zwei Regieräume einzurichten und geplant. Die vorhandenen Geräteräume haben eine Fläche von 98,60 m². Der Entwurf mit der Erweiterung von zwei Geräteräumen gemäß der Variante der SPD-FDP-Gruppe sieht dann eine Gesamtgröße von 141,50 m² vor. Bei der Variante der CDU können die geplanten Regieräume nicht mehr an der ursprünglichen Stelle untergebracht werden, sondern müssen auf die gegenüberliegende Seite weichen. Dort würden dann nur 102,40 m² Geräteräume zur Verfügung stellen. Nicht viel mehr, als jetzt vorhanden ist.

Herr Milter, Abteilungsleiter Turnen des TuS Glarum, merkt an, dass zu den unterschiedlichen Varianten bereits viel gesagt wurde und bittet zu versuchen, für die nächsten 50 Jahre zu planen. Seit mehr als 15 Jahren ist der TuS Glarum Kooperationspartner der Grundschule und des Kindergartens und immer zuverlässig. Der TuS Glarum ist der Hauptnutzer der Turnhalle und auch Accumer und Graftschafter gehören zu den Nutzern. Aus diesem Grund bittet er, sich für die Variante der CDU zu entscheiden.

Herr Striegl, 1. Vorsitzender von Grün-Gelb Roffhausen, bittet darum, den Fokus nicht alleine auf den TuS Glarum zu legen, da es weitere Sportvereine in Sillenstede und Roffhausen gibt, die ebenfalls Unterstützung benötigen.

RM Kasig sichert zu, dass er als Ratsmitglied alle 20.000 Bürgerinnen und Bürger der Stadt Schortens berücksichtigen möchte. Er vertritt die Meinung, dass der Vorschlag der SPD-FDP-Gruppe gut und ausreichend ist. Der Vorschlag entspricht der Diskussionsrunde, die vor sechs Wochen geführt wurde, in der das größte Problem die beiden zusätzlichen Geräteräume waren, die nun berücksichtigt wurden, so dass ein guter Kompromiss gewährt wurde.

RM Homfeldt verweist auf die Gutachten zum Zustand der öffentlichen Gebäude in der Stadt Schortens. Da steht unter anderem, dass die Turnhallen in Sillenstede und Roffhausen ebenfalls saniert werden müssen. Wobei die Turnhalle in Sillenstede vom Zustand her viel schlimmer ist und hier eine Sanierung erst für 2021/2022 ansteht. Man kann davon ausgehen, dass alle Sportvereine in der Stadt gleich behandelt werden und nicht einer bevorzugt wird. Und auf die Mehrkosten von 250.000 Euro zurückkommend weist er auf den Vorschlag im Kreistag hin, die Kreisumlage um 300.000 Euro zu reduzieren. Das benötigte Geld wäre somit da. Er weist darauf hin, dass die Investition von 3,5 Mio. Euro dringend erforderlich wird, weil seit Jahren keine entsprechenden Investitionen mehr getätigt wurden und die Politik nicht entsprechend informiert wurde. Kein Wunder, dass der Handlungsdruck da ist, wenn seit Jahren dafür kein Geld ausgegeben wurde. Und das Versäumnis liegt hier in der Verwaltung

BM Böhling weist darauf hin, dass wenn von Sanierungsstau gesprochen wird, man von Neubaustandard spricht. Hier wird fälschlicherweise behauptet, man habe davon nichts gewusst. Dabei reden wir doch jetzt über den Neubau einer Krippe. Über den Neubau von Klassenräumen. Nicht, weil diese nicht mehr in Ordnung sind, sondern weil die Schülerzahlen steigen und diese benötigt werden. Bezieht man das jedoch auf die Turnhalle, so kann hier in Teilen Recht gegeben werden. Aber gewusst haben es alle.

RM Masemann, merkt an, dass in Jever eine neue Turnhalle gebaut wird, die keine Einfeld-Sporthalle ist, keine Hallentrennung hat, keine zusätzlichen Umkleiden und auch keinen Sozialraum. Das alles entsteht am Standort Glarum, so dass dort gute Voraussetzungen für den TuS Glarum geschaffen werden.

RM Esser gibt zu bedenken, dass über einen Ortsteil gesprochen wird und nicht über die Innenstadt. Insofern hat der Sozialraum nicht nur die Funktion für den Sport direkt, sondern durchaus auch als Begegnungsstätte. Nicht nur für Glarum, sondern auch für Grafschaft, Sillenstede und Accum. Es steht somit außer Frage, dass dieser Sozial-/Gruppenraum erhalten bleiben muss.

RM Masemann bittet StOAR Kramer auszuführen, wie der geplante Umbau der jetzigen Hausmeister-Wohnung aussehen soll.

BOAR Kramer führt aus, dass die alte Hausmeisterwohnung in einer Entfernung von 50 m über den Schulhof liegt. Dort ist vorgesehen, die vorhandene Diele so zu belassen. Die vorhandene Küche soll ebenfalls so belassen werden und die vorhandenen zwei Räume zu einem Raum von ca. 40 m² verbunden werden. Oben sind dann noch einmal vier Räume. Diese sollen, wie mit der Schule besprochen, so bestehen bleiben, was dem Ergebnis des Ausschusses vom 11.01.2017 entspricht. Diese Räume können dann multifunktional benutzt werden.

Ein wichtiger Aspekt der Anordnung der Turnhalle war auch, dass versucht wurde, die Nutzung innerhalb des Geländes zu trennen.

Aus diesem Grund wurde auch eine Teilung im städtebaulichen Entwurf vorgenommen, der eine unterschiedliche Nutzung in der unterschiedlichen Frequentierung gewährleistet, ohne dass die Räume sich gegenseitig behindern. Außerdem wird in der Schule der Eingang völlig neu gestaltet, so dass ein Klassenraum von 76 m² zur Aula umfunktioniert wird. Die Aula kann dann zu besonderen Veranstaltungen mit genutzt werden und steht somit zusätzlich zur Verfügung.

RM Homfeldt bittet, über die einzelnen Punkte des nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlages gesondert abstimmen zu lassen.

RV Buß lässt anschließend über den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag einzeln abstimmen.

- 1) Die in der Sitzung am 11.01.2017 vorgestellte Planung zur Erweiterung des Schul- und KiTa- Standortes Glarum wird mit Ausnahme des Vorhabens der Turnhalle anerkannt und beschlossen.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

- 2) Die Planungen, die notwendigen Geräteräume entlang der gesamten rückwärtigen Gebäudeseite der Turnhalle zu berücksichtigen, zusätzliche Umkleideräume sowie einen Sozialraum vorzusehen mit Mehrkosten von insgesamt 250.000,00 € (Antrag CDU-Fraktion) werden bei 10 Ja- und 17 Nein-Stimmen abgelehnt.
- 3) Die Planungsentwürfe hinsichtlich der Schaffung von zwei weiteren Geräteräumen im rückwärtigen Bereich der Turnhalle mit Mehrkosten von 90.000,00 € (Antrag SPD-FDP-Gruppe) werden bei 18 Ja- und 9 Nein-Stimmen beschlossen.
- 4) Die Änderungswünsche gemäß schriftlicher Mitteilung der Schule werden wie beraten eingearbeitet und umgesetzt.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

- 5) Die Durchführung der Baumaßnahmen wird in folgender zeitlicher Abfolge vorgeschlagen und umgesetzt, sofern entsprechende Haushaltsmittel zu Verfügung stehen:

1. Neubau der zweizügigen Kinderkrippe zum 01.08.2018
2. Erweiterung der Schule um vier Klassenräume mit Umbau im Bestand (Fertigstellung 01.02.2018)
3. Neubau der Schulturnhalle mit dem Beginn der Maßnahmen Mitte 2018
4. Erweiterung und Umbau der Kindertagesstätte in den Jahren 2019 bis 2020.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

6) Die vorhandenen Toilettenanlagen der Schule werden im Anschluss an den Neubau der Schulturnhalle saniert.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

RM Homfeldt beantragt eine 5-minütige Sitzungsunterbrechung.

9. Vorlagen des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 18.01.2017

9.1. Allgemeine Gebühren- und Entgelterhöhung für die Teilhaushalte 12 und 14 sowie Verwaltungskostensatzung **SV-Nr. 16//0071**

Controllerin Bohlen-Janßen trägt den Beschlussvorschlag vor.

RM Just beanstandet die Höhe der Gebührenerhöhung für das Freibad Schortens. Er hat festgestellt, dass die Kosten für die 10er Kinder- und Jugendkarte sich um 43% und die 10er Erwachsenenkarte sich um 27% erhöht. Aus diesem Grund beantragt er, diese beiden Punkte herauszunehmen und im Fachausschuss zu diskutieren.

RM Eggers merkt hierzu an, dass dieser Punkt bereits im Fachausschuss beraten wurde und RM Just damals gesagt habe, 30% Erhöhung der Eintrittsgelder sei für ihn kein Problem. Dem könnte er zustimmen, was er dann auch in der Fachausschusssitzung getan habe.

RV Buß lässt über den Antrag von RM Just, die Freibaderhöhung aus dem Beschlussantrag herauszunehmen, abstimmen.

Bei 2 Ja- und 25-Nein-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Anschließend lässt **RV Buß** über den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag abstimmen:

Die der Sitzungsvorlage beigefügten Entgelterhöhungen werden beschlossen.

Der Beschlussantrag wird bei 25 Ja- und 2 Nein-Stimmen beschlossen.

9.2. Haushalt 2017, Investitionsprogramm 2018-2020 **SV-Nr. 16//0037/2**

StOAR Idel trägt den Beschlussvorschlag vor.

RM Homfeldt teilt mit, dass die CDU diesem Beschlussvorschlag nicht zustimmen wird. Jedoch freuen sie sich darüber, dass der Antrag der Grünen Eingang in den Haushalt gefunden hat, dass in diesem und im nächsten Haushaltsjahr je 40.000 Euro für die Optimierung der Verwaltungsprozesse zur Verfügung gestellt werden.

Er beanstandet, dass im Haushalt keine wirklichen Haushaltsziele festgelegt wurden, maximal Arbeitsziele. Da ist der Kreishaushalt besser aufgestellt. Dort gibt es klare Entwicklungsziele mit Zwischenschritten, die klar definiert und damit überprüfbar sind. Und genau das wünscht sich die CDU auch für die Stadt Schortens. Aus diesem Grund laden sie wie immer alle Ratsfraktionen dazu ein, für den Haushalt 2018, sich zusammen zu setzen und tatsächliche echte Haushaltsziele zu formulieren.

RM Eggerichs teilt dem Rat mit, dass die SPD-FDP-Gruppe dem Haushalt inklusive der 2mal 40.000 Euro für die externe Begutachtung der Verwaltungsprozesse zustimmen wird.

Der Ergebnishaushalt ist knapp ausgeglichen. Die aufgelaufenen Fehlbeträge verringern sich nur minimal. Dafür sind im Ergebnishaushalt Sanierungsmaßnahmen eingeflossen mit einer Summe von insgesamt 470.000 Euro für das Rathaus, Schulen, Straßen usw., damit größere Schäden vermieden werden können. Ebenfalls sind für die nächsten Jahre 100.000 Euro für Straßen und Schulen/KiTas eingeplant. Weitere Investitionen für das Gewerbegebiet Branterei wurden erfasst, damit die Maßnahme Erweiterung durchgeführt werden kann. Was wichtig ist, da sich hier bereits etliche Gewerbetreibende Grundstücke haben reservieren lassen. Für den Stammhaushalt bedeutet das eine Ausgabe von 3 Mio. Euro, von denen 1,7 Mio. Euro ungefähr gefördert werden können. Hier ist dann in der Zukunft mit entsprechenden Gewerbesteuern zu rechnen.

Auch wird der Bildungs- und Bewegungsstandort Glarum auf den Weg gebracht.

Weitere Erlöse aus Grundstücksverkäufen sind zu erwarten.

Die Diskussion über die Kreisumlage ist abgeschlossen. Entschieden werden muss hier nur noch über die Verwendung der eingesparten Kreisumlage.

RM Just informiert den Rat darüber, dass seine Fraktion dem Haushalt nicht zustimmen wird, da er ja nicht auf der Kippe steht. Seine Fraktion verweigert die Zustimmung, da sie den Kosten für das Familienzentrum in Höhe von 500.000 Euro nicht zustimmen kann. In anderen Kommunen liegen hier die Kosten bei 200.000 Euro. Selbst, wenn man die Schul-/Sozialarbeiter aus den Kosten herausrechnen würde, besteht weiterhin ein Zuschussbedarf von über 400.000 Euro.

RM Riemer teilt mit, dass im Familienzentrum wirklich wichtige Arbeit geleistet wird und die Frequentierung nicht gering ist. Entgegen der von RM Just immer wieder aufgestellten Behauptung. Und hinter dieser Aufgabe steht die SDP-FDP-Gruppe.

Anschließend lässt **RV Buß** über den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag abstimmen:

1. Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Schortens sowie der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 werden beschlossen.
2. Das dem Originalprotokoll im Original beigefügte Investitionsprogramm 2018-2020 wird beschlossen.

Der Beschlussvorschlag für mit 17 Ja- und 10 Nein-Stimmen beschlossen.

10. Vorlage des Betriebsausschusses Stadtentwässerung vom 27.10.2016

10.1. Eigenbetrieb Stadtentwässerung Haushalt 2017, Investitionsprogramm 2018-2020 **SV-Nr. 11//2136**

RM Eggerichs, Vorsitzender Betriebsausschuss Stadtentwässerung, teilt dem Rat mit, dass der Betriebsausschuss den Vorschlag der Verwaltung insofern verändert hat, dass er den Ansatz für den Regenwasserkanal in der Helgolandstraße um 1 Mio. Euro auf 650.000 Euro verändert hat. Grund dafür war, dass der Anschluss Upjever und das Speicherbecken Roffhausen noch nicht in Angriff genommen wurden. Sollten jedoch der Anschluss Upjever, das Speicherbecken, die Helgolandstraße und die Branterei in 2017 in vollem Umfang durchgeführt werden, wofür ein Betrag von 4 Mio. Euro veranschlagt wurde, steht es in Frage, ob die Baufirmen wie auch die Verwaltung entsprechende nötige Kapazitäten hat.

Die Branterei hat aber Vorrang, damit diejenigen, die da bauen wollen, auch anfangen können.

Aus diesen Gründen wurde der Ansatz für den Regenwasserkanal in der Helgolandstraße um 2/3 verringert.

In der entstehenden Diskussion wird die Frage aufgeworfen, inwiefern sich die Kosten auf die Kreditentwicklung auswirken und hier insbesondere die Kreditaufnahme.

StOAR Idel informiert, das Controllerrin Bohlen-Janßen eine entsprechende Gebührevorkalkulation gemacht hat, die im Betriebsausschuss Stadtentwässerung entsprechend besprochen wurde. Diese beinhaltet die Investitionen laut Haushalt 2016 und die neuen Investitionen, die zum Teil aufgenommen worden sind, sind darin noch nicht enthalten. Hier muss noch eine Nachkalkulation vorgenommen werden. Aus diesem Grund wurde von ihr der entsprechende Hinweis in der Sitzungsvorlage vorgenommen.

Herr Grimpe stellt eine Verständnisfrage zur Eigenkapitalverzinsung, die der Eigenbetrieb an die Stadt abführt. Verzinst wird das Eigenkapital, also im Prinzip die Kanäle, Anlagen usw. Wird diese Verzinsung nur auf den Teil angewendet, der sozusagen damals von der Stadt an den Eigenbetrieb übergeben wurde oder auch die neu zu bauenden Kanäle, die ja der Gebührenzahler gleichzeitig schon mit finanziert, durch die aufgenommenen Kredite.

Controllerin Bohlen-Janßen teilt mit, dass immer der komplette Investitionsbereich berechnet wird.

Herr Grimpe fragt nach, ob er es richtig verstanden habe, dass man als Gebührenzahler einmal die Verzinsung der Kapitalaufnahme und gleichzeitig für den aufgenommenen Kredit die Zinsen über seine Gebühr an den Eigenbetrieb zahlt.

Hierzu führt **Controllerin Bohlen-Janßen** aus, dass in der Betriebsabrechnung, die aufgestellt wird, mit dem kalkulatorischen Zins gerechnet wird und im Haushalt wird mit dem Zinssatz gerechnet, der am Finanzmarkt aufgenommen wird. Es wird also nur einmal mit dem kalkulatorischen Zinssatz gerechnet.

RM Just wüsste gerne, wie sich die Investitionen der nächsten drei Jahre auf die Gebührenkalkulation auswirken.

StOAR Idel führt aus, dass man bei der Gebührenkalkulation unterscheiden muss, zwischen der Abschreibung und der Kreditaufnahme. Abschreibungen reduzieren sich jährlich, bis die Altanlagen abgeschrieben sind. Dafür ersetzen wir diese Altanlagen durch neue Anlagen und das sind dann Reinvestitionen. Welche nicht über liquide Mittel bezahlt werden, sondern über Kredite. Die Gebührenkalkulation liegt vor auf dem Stand 2016 mit einer Fortschreibung für die nächsten Jahre.

RV Buß lässt sodann über den nachfolgend geänderten Beschlussvorschlag abstimmen:

- 1. Der dem Originalprotokoll im Original beigefügte Haushaltsplan des Eigenbetriebes Stadtentwässerung der Stadt Schortens für das Haushaltsjahr 2017 wird beschlossen.**
- 2. Das dem Originalprotokoll im Original beigefügte Investitionsprogramm 2018-2020 wird beschlossen.**

Der Beschlussvorschlag wird mit 25 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen beschlossen.

11. Vorlage des Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt vom 19.01.2017
- 11.1. Einleitungsbeschluss für die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Innenstadtbereich Bahnhofstraße/Menkestraße“ – Beschluss über die Durchführung der vorbereitenden Untersuchungen – **SV-Nr. 16//0081**

BOAR Kramer trägt den Beschlussvorschlag vor.

RM Fischer, Vorsitzender des Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt, ergänzt für die Zuhörer, dass die förmliche Festlegung eines Sanierungsgebietes Voraussetzung für eine mögliche Förderung ist, die beantragt wird. Aus diesem Grund liegt der Beschlussvorschlag vor, der dazu führen soll, dass für das Sanierungsgebiet Fördermittel fließen.

RV Buß lässt über den nachfolgend aufgeführten Beschlussantrag abstimmen:

Für die förmliche Festlegung eines Sanierungsgebietes „Innenstadtbereich Bahnhofstraße/Menkestraße“ sind die vorbereitenden Untersuchungen nach § 141 (1) Baugesetzbuch (BauGB) durchzuführen.

Die genaue Umgrenzung des Untersuchungsgebietes geht aus der Anlage hervor.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen.

12. Vorlage des Verwaltungsausschusses vom 24.01.2017

12.1. Kaufpreisfestsetzung Erweiterung Gewerbegebiet Branterei B-Plan 118
SV-Nr. 16//0116

StOAR Idel trägt den nachfolgenden aufgeführten Beschlussvorschlag vor.

Der Verkaufspreis für die Gewerbegrundstücke Erweiterung Gewerbegebiet Branterei B-Plan 118 wird wie folgt festgesetzt:

Flächen 1a Lage	22,47 Euro / m²
Flächen 1b Lage	18,18 Euro / m²
Räumstreifen und Anbauverbotszone	10,61 Euro / m²

entsprechend dem anliegenden Aufteilungsplan.

Die Beträge beinhalten die Ablösebeträge für Erschließungsbeiträge, Kostenerstattung für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie die Beiträge für Schmutz- und Niederschlagswasser.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

13. **Benennung hinzugewählter Mitglieder für den Jugendausschuss**
SV-Nr. 16//0117

StD Müller trägt den nachfolgend aufgeführten Feststellungsbeschlussvorschlag vor:

In der Stadt Schortens sind derzeit je ein/e Vertreter/in des Stadtelternrates der Kindertagesstätten, ein/e Jugendsprecher/in sowie ein/e Vertreterin für die Träger der freien Jugendhilfe berufen.

Die Träger der freien Jugendhilfe möchten künftig ihren Sitz wieder wahrnehmen. In einer Wahl, zu der die Verwaltung alle Träger der freien Jugendhilfe eingeladen hat, wurde Frau Jutta Wilhelms für die ev.-luth. Kirchengemeinde Schortens als ordentliches Mitglied sowie Frau Marina Neumann von der Johanniter Unfallhilfe e.V. als stellv. Mitglied mit beratender Funktion bestimmt.

Diese Änderung für die Ausschussbesetzung ist durch den Rat so festzustellen.

Dem Feststellungsbeschlussvorschlag wird einstimmig zugestimmt.

14. Anfragen und Anregungen:

Es wurden keine Anfragen gestellt oder Anregungen gegeben.